

»Die Projekte waren ihrer Zeit voraus.«

Annegret Zacharias, Rainer Schwarz und **Johannes Brock** schildern ihre Erfahrungen, die sie als Beraterinnen und Berater im »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) gesammelt haben. Sie haben die Projekte des AgAG konzeptionell in ihrer Umsetzung begleitet und die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter in ihrer Reflexion und Qualifikation unterstützt. Im Interview mit BIKnetz berichten sie von der Ausgangslage des Bundesprogramms Anfang der 1990er Jahre, über die pädagogischen Ansätze in der Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort und die Folgen, die die Kritik am Bundesprogramm für die Arbeit hatte. Dabei haben sie interessante Beobachtungen gemacht, wer in den Projekten im AgAG mit den Jugendlichen gearbeitet hat.



Annegret Zacharias



Rainer Schwarz



Johannes Brock

BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus

ist ein bundesweites Informations- und Kompetenznetz zur Unterstützung der präventiv-pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus. Es wurde 2012 ins Leben gerufen, um Erfahrungswissen und Erkenntnisse in der Rechtsextremismusprävention, die vor allem im Rahmen der Bundesprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFS-FJ) erworben wurden, aufzuarbeiten und zugänglich zu machen. Hierzu wurden insgesamt drei Interviews mit Akteurinnen und Akteuren aus dem »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)« geführt.



Rainer Schwarz war ab 1995 beim Institut des Rauhen Hauses für soziale Praxis (isp) als Berater für die AgAG-Projekte in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Zuvor hatte er bereits als stellv. Jugendamtsleiter für Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Greifswald AgAG-Projekte begleitet. Er ist jetzt Geschäftsführer der gos Gesellschaft für Organisationsberatung in der Sozialen Arbeit mbH.



Johannes Brock war bis 1994 beim Diakonischen Werk als Berater für AgAG-Projekte in Sachsen engagiert. Er arbeitet seitdem als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Dresden.



Annegret Zacharias hat beim Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover die AgAG-Projekte in Sachsen-Anhalt beraten. Sie ist als freiberufliche Beraterin, Evaluatorin und Coachin an diversen Bundes- und Landesprogrammen zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung beteiligt, darunter das Bundesmodellprogramm »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)« oder jüngst »TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN«.

Das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) wurde Anfang der 1990er Jahre durch das Bundesfamilienministerium als Reaktion auf extremistische, fremdenfeindliche, aggressive und gewalttätige Ausschreitungen durch junge Menschen in den neuen Bundesländern aufgelegt. Sie waren damals als Beraterin bzw. Berater an der Umsetzung vor Ort beteiligt. Welche Funktion hatten Sie im Rahmen des Bundesprogramms und worin bestand Ihre Aufgabe konkret?

Annegret Zacharias: Ich bin beim Träger der Beratung für das AgAG in Sachsen-Anhalt, beim Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover (IES), speziell als Beraterin für dieses Programm eingestellt worden. Das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« war da schon öffentlich bekannt; die Vorfälle in Rostock waren viel beachtet und sehr kontrovers diskutiert worden. Ich wusste nur, dass dieses Programm, damals noch von Frau Merkel als Bundesjugendministerin, auf den Weg gebracht worden war, dass das IES in Hannover den Zuschlag für Sachsen-Anhalt bekommen hatte und dass ich mit einem Kollegen die Projektträger in Sachsen-Anhalt im Hinblick auf ihre konzeptionelle, aber auch organisatorische Aufstellung, den Projektauftrag zu erfüllen, beraten würde. Mehr wusste ich nicht.

Johannes Brock: Bei mir war das ein bisschen anders, vielleicht auch, weil ich schon aus Ostdeutschland komme und in Sachsen aufgewachsen bin. Ich habe damals Soziale Arbeit und auch Aufsuchende Arbeit gemacht. Ich war in der Praxis und habe in Dresden selbst mit rechten Jugendlichen gearbeitet. Auf diesem Weg ist Walther Specht vom Diakonischen Werk an mich herangetreten. Er hatte gehört, dass wir in Dresden Mobile Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen machen, und Interesse daran, mit meinen Kolleginnen und Kollegen sowie mir Kontakt aufzunehmen. So kam es zu dem Austausch. Irgendwann haben mich die Kolleginnen und Kollegen vom Diakonischen Werk, dem Beratungsinstitut für Sachsen, gefragt, ob ich im Beratungsteam mitarbeiten möchte. Es gab damals drei Personalstellen für diese Beratungsaufgabe im Diakonischen Werk.

Annegret Zacharias: Davon war eine Stelle für die Evaluation. Zwei Beraterinnen bzw. Berater und Frau Bringfriede Scheu. Sie hatte den Auftrag, Evaluationen durchzuführen.

»Wir haben dabei versucht, die Ost- und West-Perspektive zumindest personell paritätisch einzubringen.«

Johannes Brock: Stimmt, sie hatte einen Evaluationsauftrag. Aber für die Beratungstätigkeit gab es auch drei Stellen. Wir haben dabei versucht, die Ost- und West-Perspektive zumindest personell paritätisch einzubringen. Die Stellenanteile waren

zwei zu eins; es gab zwei ganze Stellen für die westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, Ulrich Piaszczyński und Gerhard Fuchslocher, und die dritte Stelle habe ich am Anfang alleine innegehabt und später mit meinem Kollegen Hans Meurer geteilt. Ich war von 1992 bis 1994 mit dabei.

Rainer Schwarz: Ich war 1991 im Jugendamt in Greifswald tätig. Ich war zuvor bei einer Erziehungsberatungsstelle an der Universität Greifswald und war unverdächtig, weil ich nicht als staatsnah galt. Durch einen Zufall und durch ehrenamtliches Engagement im Zuge der Wende geriet ich in die Leitung des Jugendamtes. Aus der Perspektive des Leiters der Abteilung Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bin ich dann auf dieses Programm gestoßen. Greifswald war im Land Mecklenburg-Vorpommern ein Schwerpunkt für Rechtsextremismus und rechtsextremistische Jugendgruppen, also bewarben wir uns als Projektstandort. Ich habe dann das Beratungsinstitut, das Institut für Soziale Praxis am Rauhen Haus (isp), kennengelernt. Doris Pleiger beriet uns damals in Greifswald, Timm Kunstreich hat Rostock beraten und Heide Trautwein war in den ersten Programmjahren in Neustrelitz, Schwerin und Neubrandenburg tätig.

Zu dem Zeitpunkt, als ich das Jugendamt in Greifswald verlassen habe, gab es auch beim isp Veränderungen. Timm Kunstreich hatte mehr mit seiner Professorenstelle an der Evangelischen Fachhochschule des Rauhen Hauses zu tun, so konnte ich erst einmal mit einer halben Stelle als Berater in das Programm eingestiegen. Die Absicht zu dem Zeitpunkt, 1995, war ganz klar auch, jemanden aus dem Osten im Beratungsteam haben zu wollen. Hinzu kam die Perspektive, auch andere Beratungsaufträge in Mecklenburg-Vorpommern durch eine Person abzudecken, die aus dem Land kommt und ein bisschen mecklenburgisch-pommersche Kontaktwurzeln hat.

Annegret Zacharias: In dem Tandem Niedersachsen-Sachsen-Anhalt war das kein Thema. Der Kollege Reinhard Koch war Westberliner. Da ich mit dem Beratungsauftrag zu meinem Mann nach Jena gezogen bin, galt ich dann als der »Ostteil«.

Wie nahmen Sie die damalige Situation in den Ländern wahr, in denen Sie als Beraterin bzw. Berater aktiv waren? Was war das für eine Situation, auf die Sie damals in Ihrer Rolle beim AgAG gestoßen sind? Wie würden Sie die Lage vor Ort beschreiben?

Annegret Zacharias: Wir sind zunächst ins Sozialministerium in Sachsen-Anhalt gegangen und sind dort auf den Ebenen der zuständigen Referentinnen und Referenten für dieses Programm

»Es ist als »Ostproblem« wahrgenommen worden.«

und auch bei der Referatsleitung in den ersten vier, fünf Jahren ausschließlich auf Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen getroffen, die sich für den Osten mächtig ins Zeug gelegt haben. Ich bin in den ersten drei Wochen immer noch davon ausgegangen, dass es ein gesamtdeutsches Programm ist. Es ist als »Ostproblem« wahrgenommen worden. Diese Klassifizierung ist von diesen vielen westdeutschen Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien sehr kultiviert worden.

Wenn wir dann auf die kommunale Ebene gegangen sind, in die Kommunen und Städte, wo die Projekte umgesetzt wurden, war das deutlich anders. Der Blick auf und die Euphorie über die Notwendigkeit und mögliche Sinnhaftigkeit des Programms waren anders. Es war reservierter, was ich aber im Nachhinein als vollkommen angemessen empfinde. Es hat mir Zeit gelassen, die örtlichen Situationen, die in Sachsen-Anhalt sehr unterschiedlich waren, zu recherchieren. Man kann von Sachsen-Anhalt anders als von Sachsen nicht sagen, dass das durchweg

»Man kann ... nicht sagen, dass das durchweg »befreite Zonen« sind oder dass es komplett braun durchsumpft ist.«

»befreite Zonen« sind oder dass es komplett braun durchsumpft ist. Es gab rechte Zentren, interessanterweise vor allem im Harz in Nachbarschaft zu Niedersachsen, in Quedlinburg, Wernigerode oder Halberstadt.

Johannes Brock: Für Sachsen trifft schon zu, dass gewalttätiges, rechtsextremistisches Handeln ein durchgehendes Problem war. Gerade auch im Unterschied zu heute, wo es in Sachsen eher im ländlichen Raum verwurzelt ist, war es damals auch ein städtisches Thema. Dresden sollte nach den Plänen von rechtsextremistischen Kadern zur Hauptstadt der Bewegung werden, neben Cottbus in Brandenburg.

Wenn ich als Berater in Sachsen herumgefahren bin, habe ich die Situation als ziemlich ambivalent erlebt. Als Ostdeutscher kannte ich die Jugendhilfestrukturen der DDR und habe dort einerseits diesen Kahlschlag erlebt, wo bewusst und unbewusst Jugendhilfestrukturen der DDR zerschlagen worden sind. Das war die eine Seite. Die andere Seite aber war eine Begeisterung für neue Projekte, für neue Chancen, mit den Jugendlichen etwas aufzubauen.

Wie gestalteten sich die konkreten Rahmenbedingungen Anfang der 1990er Jahre für die Arbeit mit den Jugendlichen in den neuen Bundesländern? Womit konnte man überhaupt arbeiten, als das AgAG an den Start ging?

Rainer Schwarz: Es war schon eine Form von Kahlschlag, der sich nicht im Bereich der gesamten Jugendhilfe, sondern vor allem bei der Jugendsozialarbeit abgespielt hat. Die war zu DDR-Zeiten klar politisch gesteuert und alles, was politisch gesteuert war, wurde eingestampft. Die Überreste sind den Jugendämtern zugeführt worden, die im Umgang damit oft völlig hilflos waren. Das Jugendamt Greifswald war eine komplett neu gegründete Institution. Der ehemalige Jugenddiakon der Evangelischen Kirche Greifswalds ist aus der Wendebewegung und dem Runden Tisch Jugend heraus zum Jugendamtsleiter berufen worden. Er hatte mit bundesdeutscher Administration natürlich keine Erfahrung. Ich kam als Mathematiklehrer dazu und galt dann als der, der rechnen konnte. Das Erste, was ich gemacht habe, waren Personalbemessungsgrundlagen für die Kindertagesstätten als Reaktion auf den Geburteneinbruch. Und erst dann haben wir uns um die Jugendarbeit kümmern können.



Aber es gab schlicht keine tragenden Strukturen der Jugendarbeit mehr. Alles, was es vorher gegeben hatte, die Pionierhäuser, die Jugendklubs, waren verschwunden oder minimiert worden. So etwas wie Aufsuchende Jugendarbeit gab es aber vorher auch nur bei der Evangelischen Kirche. Kleinere, offene, selbstorganisierte Gruppen gab es bis dato gar nicht. Mit dem was von der zuvor staatlich geführten Jugendarbeit geblieben war, haben wir erst einmal Überlebensarbeit, Entideologisierung und Strukturrettung betrieben.

Jene Gruppen, die in der Lage waren, sich zu organisieren und sich über eine Ideologie wieder zu sammeln, haben sich dann relativ schnell wieder gefunden. Als ich 1991 in Greifswald ins Jugendamt kam, gab es schon gut organisierte rechtsradikale oder rechtsnationale Gruppen

von Jugendlichen. Und das waren eigentlich fast die einzigen. Es gab noch ein paar Burschenschaftler, die auch mit der Jugendarbeit angefangen haben.

»Alle anderen Gruppen, die vorher Jugendarbeit gemacht haben, haben erst einmal den Kopf in den Sand gesteckt.«

Alle anderen Gruppen, die vorher Jugendarbeit gemacht haben, haben erst einmal den Kopf in den Sand ge-

steckt. Bei den kirchlichen Trägern waren die Leute, die sich engagiert hatten, nach der Wende im Wesentlichen in Amt und Funktion. Der tragende Kopf der Greifswalder Wendebewegung war Oberbürgermeister geworden; der tragende Kopf aus der Jugendarbeit war Jugendamtsleiter geworden. Diese Menschen haben dann natürlich in der kirchlichen Jugendarbeit gefehlt.

Johannes Brock: Wir haben uns ganz häufig die Frage gestellt, ob wir an das, was rudimentär noch da war, überhaupt anknüpfen können; ob mit finanzieller Hilfe, zum Beispiel aus diesem Programm, überhaupt noch etwas gemacht werden kann. Das hat nicht funktioniert. In dem Neubaubereich, wo ich gearbeitet habe,

hatte jede Schule vor der Wende einen Schulklub. Die waren nachmittags und abends immer gut besucht. Es gab acht Schulen im Neubaubereich und schon bei sieben waren die Klubs geschlossen. Und der eine ist dann auch in der Zeit des Aktions-

»Man musste erst einmal zugucken, wie das Alte zerbrach, um parallel etwas Neues aufzubauen.«

programms dichtgemacht worden. Es ging nicht, an diese alten Strukturen anzuknüpfen. Man musste erst einmal zugucken, wie das Alte zerbrach, um parallel etwas Neues aufzubauen.

Annegret Zacharias: Ich wusste theoretisch auch, dass das, was es vorher an Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit gegeben hatte, zusammengebrochen war, weil die Institutionen, die das vorher getragen hatten, aufgelöst worden waren. Ich war aber dennoch erstaunt, dass es zum Beispiel in Stendal und auch in anderen Orten noch diese Jugendtanzgaststätten gab. Die waren wie die Kitas in den Neubaugebieten genormt. Die haben sich aber in der Tat auch nicht gehalten; sie waren kein Ort mehr für die Jugendlichen.

Ich war aber auch erstaunt, wie schnell und wie viele freie Träger es in Sachsen-Anhalt schon gab; beide Kirchen sowieso, die AWO war schon vor Ort, der Internationale Bund. Mit Beginn des AgAG-Programms konnten sich auch viele kleine Initiativen als freie Träger der Jugendhilfe akkreditieren.

Rainer Schwarz: Aufmerksamkeit verschafft haben sich aber im Wesentlichen die Gruppen und selbst organisierten Initiativen, die sich politisch oder ideologisch definiert haben. Das waren vor allem linke und rechte Gruppen. Und die standen sich dann plötzlich gegenüber.

Ich habe das Programm, sowohl im Jugendamt als auch später als Berater, immer so verstanden, dass es um die Verringerung der Jugendgruppengewalt geht. Es ging gar nicht, sich mit den Angeboten ausschließlich auf eine der beiden Seiten zu konzentrieren. Die Strategie, die ich vom isp erlebt habe und die ich dann auch in der Beratungstätigkeit übernommen habe, war darauf ausgerichtet, dass die Angebote etwas mit Gemeinsamkeit in der jeweiligen Region zu tun haben mussten.



Wie schätzen Sie den Anteil der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen bzw. mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen im Vergleich zu anderen Jugendkulturen ein?

Annegret Zacharias: Ich finde, diese »Glatzenpflege auf Staatskosten« ist in der Rezeption des AgAG maßlos überschätzt und maßlos übertrieben worden. Da war Professor Franz Josef Krafeld aus Bremen mit seiner Akzeptierenden Jugendarbeit. Vor dem Hintergrund des Vorwurfs von »Glatzenpflege auf Staatskosten« wurde der Begriff »Akzeptierende Jugendarbeit« in

»Vor dem Hintergrund des Vorwurfs von ›Glatzenpflege auf Staatskosten‹ wurde der Begriff ›Akzeptierende Jugendarbeit‹ in Misskredit gebracht.«

Misskredit gebracht, weil die notwendige professionelle Distanz zu den Jugendlichen nicht deutlich wurde.

Johannes Brock: Das sehe ich ganz anders. Wir konnten gut mit dem Ansatz arbeiten.

Annegret Zacharias: Für mich hatte dieses Programm immer zwei gleichberechtigte Teile. Zum einen ging es darum, Konzepte zu entwickeln, um diesen gefährdeten, unangenehm auffallenden, manifest gewalt- und rechtsorientierten Jugendlichen Alternativen, Handlungsoptionen und auch Zukunftsperspektiven zu bieten. Und es war für mich immer auch ein Infrastrukturprogramm für die Jugendhilfe. Wenn man 1990 vor Ort kam, konnte man auf gar keinen anderen Gedanken kommen, als dass das viele Geld selbstverständlich auch dazu benutzt werden sollte, Infrastruktur zu entwickeln.

Wir haben Sachsen-Anhalt unter zwei Beraterinnen und Beratern aufgeteilt. Ich hatte Stendal, Dessau, Salzwedel und Halle und mein Kollege hatte Wernigerode, Quedlinburg, Halberstadt und Magdeburg. Dort waren die wahrnehmbaren Phänomene rechtsextremer, gewalttätiger Jugendgruppen auch größer als an den anderen Standorten. Wir haben uns in Sachsen-Anhalt im Hinblick auf den richtigen Weg konzeptionell ziemlich gestritten. Dort, wo es so massive Probleme gab, hat mein Kollege die Strategie gefahren, für Rechte und Linke etwas vorzuhalten nach dem Motto: »Dann sind die still!«. Ich war immer der Überzeugung, dass es darum gehen muss, beide Seiten gefährdeter Jugendlicher anzusprechen und eine Arbeit zu machen, die

»... die sind jetzt fast im Opa-Alter und die hängen da immer noch rum. Wir werden die Kerle nicht los.«

integrativ ist. Da ist es vornehmlich egal, welcher Couleur einer ist. Dabei geht es vor allen Dingen darum, Standpunkt zu beziehen, insbesondere den Rechten gegenüber.

Ich fühle mich bestätigt, weil ich viele Jahre später in Halberstadt

mit der Jugendamtsleiterin gesprochen habe. Sie hatte mal die Puppenbühne, ein alternatives, liberales, ich will gar nicht sagen, linkes Projekt. Und die hatten vor Ort noch ein Häuschen für die Rechten. Sie sagt, die sind jetzt fast im Opa-Alter und die hängen da immer noch rum. Wir werden die Kerle nicht los.

Rainer Schwarz: Der Ansatz, den wir verfolgt haben, war ein bisschen anders. Wir versuchten, die Kategorien ‚Links‘ und ‚Rechts‘ zu vermeiden; auch wenn sich die Jugendszene selbst als in klar ideologisch, politisch oder auch an Jugendkulturen orientierte Gruppen einteilte. Wir hatten zum Beispiel in Neustrelitz knallharte Rechte, eine Popper-Gruppe und linke Pfadfinder mit jeweils einem eigenen Projekt; eine ganz besondere Konstellation.

Der Ansatz hier war absolut kein integrativer. Es galt, den einzelnen Gruppen Raum und Möglichkeiten zu schaffen und zugleich Respekt vor anderen zu erreichen. So mussten sich

»Wir hatten zum Beispiel in Neustrelitz knallharte Rechte, eine Popper-Gruppe und linke Pfadfinder.«

alle Projekte alle vier Wochen unter unserer Regie treffen. Das war Teil unserer Arbeit, dass sie sich in sogenannten Projektelebenen verständigen und jedes Jahr auch das Projektgeld untereinander und für gemeinsame Aktionen aufteilen mussten. Natürlich



ging es bei dieser Auseinandersetzung um harte Fakten. Die Gruppe musste fachlich zusammenarbeiten und die Themen, die wir aufgeworfen haben, gemeinsam bearbeiten.

Das Verhältnis zwischen den Jugendgruppen war aus meiner Sicht ungefähr 80 zu 20. Also 20 Prozent rechtsradikale, rechtsnational ausgerichtete Gruppen. Wir hatten an allen Standorten Gruppen, in denen wir mit dem Problem einer deutlich rechten, gewaltbereiten Orientierung umgehen mussten. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die genau in diesen Szenen gearbeitet haben, wurden landesweit zusammengenommen und fortgebildet. Es waren sehr unterschiedliche Ansätze, die ausprobiert wurden. Teilweise ging es um kulturelle Fragen, teilweise ging es um Musik, es ging um Treffs, es ging um Sport. Neben den jeweiligen Plenen an den einzelnen Standorten gab es also auch den Blick auf diese spezielle Gruppe. Andere Gruppen waren nicht so sonderpflegebedürftig, dass man da besondere Strategien entwickeln musste.

Johannes Brock: Die Situation in Sachsen unterschied sich auch hier von der in den anderen Bundesländern, vor allem wegen Hoyerswerda. Die Stadt war nun mal in Sachsen und das Problem wurde stark mit Sachsen identifiziert. Die Presse und die Medien haben das damals

»Die Medien haben das in einem Atemzug genannt, Hoyerswerda und Rechtsextremismus.«

schnell in einem Atemzug genannt, Hoyerswerda und Rechtsextremismus in Sachsen. Das ging mir damals aber auch so.

Den Aufbau von Jugendhilfestrukturen habe ich am Anfang gar nicht gesehen. Ich habe erst während der

Beratungstätigkeit Stück für Stück erkannt, dass es eigentlich darum geht. Für mich stand das Phänomenale im Vordergrund. Ich habe gedacht, dieses Programm ist geeignet, die rechte Gewalt zu bekämpfen. Vielleicht ist das eine naive Sicht, aber das hat sich mit den Erfahrungen in der Beratungsarbeit auch geändert.

Von den Projekten, die ich beraten habe, hat knapp die Hälfte direkt mit rechtsextremistischen und gewalttätigen Jugendlichen gearbeitet. Es war aber trotzdem ein heterogenes Spektrum; es gab Fanprojekte und es gab in Dresden mehrere Projekte mit linken Gruppierungen, die ebenfalls gewalttätig waren. Das war weniger das linksalternative Spektrum, sondern Gruppen, die sich in klarer Gegnerschaft zu Rechts gegründet und positioniert haben. Es gab damals eine starke Links-Rechts-Folie. Aber auch der Ausländerrat war mit einem Bildungsprojekt in der politischen Bildung dabei. Es war sehr vielfältig. Das lässt sich sicherlich auf ganz Sachsen übertragen. Ich schätze, mindestens 40 Prozent der Projekte haben mit rechten Jugendlichen gearbeitet.

Wie wurde konkret mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen gearbeitet? Welche Ansätze und Methoden wurden verfolgt?

Johannes Brock: Wenn nicht der Strukturaufbau, sondern das Thema Rechtsextremismus und Gewalttätigkeit im Vordergrund steht, entwickelt man ein anderes methodisches Verständnis davon, wie man in den Projekten, aber auch in der Beratungstätigkeit überhaupt arbeiten kann. Wir in Sachsen waren sehr stark an der Aufsuchenden Arbeit, an der Mobilen Jugendarbeit orientiert. Das war der Einfluss der Baden-Württemberger, die dazu spezielle Weiterbildungen

»Es ging darum, ein Verständnis für die Person zu entwickeln und sie nicht bloß als das anzusehen, was in der Zeitung stand.«

und Kurse für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie für Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter angeboten haben.

Krafeld war selbst auch in Dresden und hat im Jugendhilfeausschuss und überall geworben. Der Akzeptierende Ansatz ist heiß diskutiert worden.

Wir haben den Ansatz ein bisschen

modifiziert und konnten dann in einer Zeit, in der es noch rechte Cliques gab, viel damit anfangen. Es ging darum, ein Verständnis für die Person zu entwickeln und sie nicht bloß als das anzusehen, was in der Zeitung stand. Der erste Blick galt nicht den Taten, den Überfällen auf die Heime für Asylbewerberinnen und -bewerber und den Brandanschlägen. Der Ansatz ist in

Sachsen sehr stark rezipiert worden. In den meisten Projekten wurde aufsuchend und akzeptierend gearbeitet.

Annegret Zacharias: Aufsuchend und niedrigschwellig ist aber etwas anderes als akzeptierend. Akzeptierend wurde bei uns nicht gearbeitet, ich war klar dagegen.

Ich beschäftige mich heute aus einer ganz anderen Perspektive mit diesem Thema. Mir fällt es immer schwerer, die Bezeichnung »rechtsextreme, gewaltaffine Jugendliche« zu benutzen. In der rechten Szene, bei den Gruppenaktivitäten, hat sich ein unglaublicher Wandel vollzogen. Die professionalisieren sich und werden rationaler. Die haben zwar noch Schlägertrupps, aber diese Trupps sind in der Wahrnehmung nicht mehr so dominant. Ich habe es aber schon damals immer als bemerkenswert empfunden, wie die Gruppen floateten zwischen Hip-Hopperinnen bzw. Hip-Hoppern und ein bisschen links, ein bisschen rechts, ein bisschen rumkloppen. Wie dieselben Menschen binnen zwei Jahren verschiedene subkulturelle Phänotypen durchliefen. Man stellt sich dann natürlich die Frage: Wie ernsthaft ist das?

Ziel war, all diese Jugendlichen niedrigschwellig anzusprechen und zu binden; in gewisser Weise mit Sportangeboten oder mit politischer Bildung zu fordern und zu fördern. Das geht

»Mit dem Akzeptierenden Ansatz habe ich aber meine Schwierigkeiten.«

immer, wenn man mit ihnen spricht. Integration im Sinne von gemeinsamem Essen, gemeinsamen Freizeiten, erlebnispädagogischen Maßnahmen. Das geht und das finde ich richtig. Mit dem Akzeptierenden Ansatz habe ich aber meine Schwierigkeiten. Wenn ich weiß, der Mensch hat Scheiben eingeschmissen, hat jemanden geprügelt, dann gehört das zu diesem Menschen dazu. Dann gehört das zu meiner Wahrnehmung und auch zu meiner Bewertung ihm gegenüber. Das kann ich nicht außen vor lassen. Das will ich auch nicht.

Es mag eine Schwäche gewesen sein, dass die von mir beratenen Projekte sich vornehmlich auf die Gruppen der Floatings, der Sympathisantinnen und Sympathisanten, der Desorientierten, der Nachplappernden konzentriert haben. Ich kann mich erinnern, dass wir in Dessau eine Szene mit sehr gut organisierten jungen rechten Männern hatten, die für sich auch ein Haus beanspruchten. Die waren ziemlich fit im Kopf, allerdings auch mit der entsprechenden Verstärkung dahinter. Wir haben die Zusammenarbeit mit ihnen aber abgelehnt, weil wir bei ihnen keine Achilles-Ferse für Soziale Arbeit gesehen haben.

Rainer Schwarz: Wir haben das ähnlich wie in Sachsen gehandhabt. Wir haben den Akzeptierenden Ansatz stark rezipiert und mit Aufsuchenden Ansätzen kombiniert um gerade mit den ganz klar rechtsorientierten Gruppen zu arbeiten. Dabei hatten wir auch mit Gruppen zu tun, aus denen heraus Straftaten bis hin zum Totschlag geschehen sind. Es gab gerade in Neubrandenburg, in Rostock und in Neustrelitz Strategien, die darauf ausgerichtet waren, mit diesen Gruppen zu arbeiten und diesen Gruppen einen Raum zu geben, sie aber dadurch einzubinden, dass sie gewisse Rahmenbedingungen einhalten mussten.

Die Akzeptanz drückte sich nicht darin aus, dass alles akzeptiert und alles erlaubt war. Eher ging es uns darum zu zeigen: Wo ihr herkommt, was ihr an politischer Haltung vertretet, was eure Jugendgruppenkultur ausmacht, das stellen wir mit diesem Projekt nicht in Frage. Wir stellen aber eure Auseinandersetzungsformen mit anderen in Frage, und diese stellen wir auch zur Debatte. Nur so lange ihr diese Auseinandersetzungsform im normalen Rahmen haltet und

»Dieser Steinbruch, den wir vorgefunden haben, war nicht bloß ein struktureller, sondern auch ein personeller.«

euch auf diese gemeinsame Projekt-konstruktion einlasst, könnt ihr von diesem Programm partizipieren. Das war der Rahmen, von dem wir ausgegangen sind. Dass aber die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zum größten Teil eigentlich keine waren, muss man auch sagen. Dieser Steinbruch, den wir vorgefunden haben, war nicht bloß ein struktureller, sondern auch ein personeller. Es gab einige wenige, vor allem aus der Katholischen oder Evangelischen Kirche stammende Menschen, die irgendwie schon



einmal etwas von sozialarbeiterischen Ansätzen gehört hatten. Alle anderen waren engagierte Personen. Danach waren auch die Ansätze ausgerichtet. Da, wo wir Leute hatten, die eine sozialpädagogische Ausbildung hatten, wurde innerhalb der Akzeptierenden Arbeit auch klar konfrontativ gearbeitet. Da gab es schon mal richtig Krach in den Treffs. Aber erst einmal musste es die Treffs geben, damit die Jugendlichen dahin kommen; damit die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die in dem Treff den Hut aufhatten, auch als Konfrontationspersonen verfügbar waren.

An anderen Stellen, wie in Neubrandenburg, war es beispielsweise ein ehemaliger Arbeiter, der über sein Engagement in diese Tätigkeit gekommen war. Der hat eher auf einer subkulturellen Ebene Zugang zu dieser Gruppe gefunden, als dass er sich von vornherein mit theoretischen Konzepten auseinandergesetzt hätte. Das war keiner, der aus einer sehr bewussten sozialarbeiterischen Sicht in die Konfrontation gegangen ist, sondern eher aus der ganz einfachen, natürlichen Haltung: Man haut sich einfach nicht, bis der Arzt kommt.

Es sind bereits verschiedene Begriffe gefallen. Sie haben von rechtsradikalen, rechtsextremen, rechtsorientierten, rechten Jugendlichen gesprochen. Das dominante Bild in der öffentlichen Wahrnehmung war der rechtsextreme Jugendliche mit Bomberjacke, Springerstiefeln und Glatze. Wie sah es damals wirklich aus? Wie differenziert war das Bild wirklich?

Rainer Schwarz: In den Köpfen war das hoch differenziert. Vom äußeren Erscheinungsbild her, das auch in der Presse rezipiert worden ist, war es relativ einheitlich. Da waren es eben die Bomberjacke, die Stiefel und die Glatze. Aber in der damaligen Zeit hatten die Jugendkulturen

»Da waren es eben die Bomberjacke, die Stiefel und die Glatze.«

ganz klar ein Bestreben, sich von dem, was sie vorher erlebt haben, deutlich abzugrenzen. Das haben alle Jugendkulturen in der Zeit viel extremer gemacht, als das heute üblich ist. Es ging zuallererst nicht darum,

sich über eine Ideologie zu identifizieren. Es war eine jugendkulturelle Identifikation, die in ganz unterschiedlichen Ausprägungen teilweise mit ideologischen Ansichten gepaart war.

Gerade in Greifswald hatten wir einige Jugendliche, die später in der DVU oder NPD tatsächlich auch politisch Karriere gemacht haben. In Neubrandenburg und Neustrelitz hatten wir Leute, die sind in dem Bereich von Jugendszene geblieben. Oder sie sind den üblichen Weg gegangen, dass sie mit dem Erreichen einer anderen Lebensphase einfach die Jugendszene verlassen haben. Viele fanden ihren Weg, ohne sich ideologisch rechts oder rechtsextrem zu organisieren.

Wenn Sie sagen, es war eine Abgrenzung zu dem, was vorher war, war es dann auch eine Abgrenzung gegenüber den Eltern und der Veränderung, die diese Jugendlichen nach den Ereignissen von 1989/1990 in ihrem Elternhaus und im Großteil der Familie erlebt haben?

Annegret Zacharias: Ich glaube, die Abgrenzung gegenüber den Eltern und der Wunsch, alles erst einmal eine gewisse Zeit lang ganz anders machen zu wollen als die Eltern, taugt nicht zur Erklärung dieser subkulturellen Ausformungen. Dafür taugt eher schon der gesamte Transformationsprozess oder Zusammenbruch.

Rainer Schwarz: Das ging gegen die ältere Generation; die Generation, die entweder unverständlichlicherweise immer dafür gewesen ist oder unverständlichlicherweise nicht dagegen gewesen ist. Da gab es ganz klare Abgrenzungslinien, und zwar sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite. Gegen Schule zum Beispiel, gegen das ehemalige System von Schule, aber auch gegen alle Formen von staatlichen Systemen, die übrig geblieben waren. Das habe ich sehr extrem erlebt, als ich das Jugendamt verließ. Ich kam mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der

»Nach fünf Jahren Wendezeit ziehen »die Alten« wieder den Kopf aus dem Sand.«

Administration nicht mehr klar, hatte den Eindruck, nun nach fünf Jahren Wendezeit ziehen »die Alten« wieder den Kopf aus dem Sand. Da sind ganz viele Dinge passiert, die mit neuer Zeit erst einmal nichts

zu tun hatten. Gerade in den Jahren 1995 bis 1997 gab es auch massive Konfrontationen von Linken mit der dann schon etablierten Kommunalpolitik in allen Städten. Da ging es um Hausbesetzung, um Jugendzentren und wie man die führt und plötzlich kochte alles noch einmal hoch. Ich glaube, in Mecklenburg-Vorpommern ist die etablierte Generation im Wesentlichen

»Eigentlich ist Mecklenburg-Vorpommern von der Wende überrannt worden.«

von der Wende überrascht worden. Diese Region war ja kein Zentrum der Wendebewegung. Es gab in den evangelischen Kirchenkreisen sicher eine Friedensbewegung, aber eigentlich ist Mecklenburg-Vorpommern von der Wende überrannt worden. Und damit gab es eine klare Konfrontation von einer Generation zur anderen. Es gab nur ganz wenige Ausnahmepersonen aus der älteren Generation, mit denen man sich noch identifizieren konnte oder die man überhaupt zulassen konnte.

Johannes Brock: Es reicht nicht aus, zu sagen, dass es eine Abgrenzung gegenüber den Eltern war, aber das ist ein Aspekt. Wir haben damals biografische Interviews gemacht und dabei ging es immer wieder um echt sein, um Glaubwürdigkeit und Unglaubwürdigkeit. Die Eltern waren unglaubwürdig, die Lehrerinnen und Lehrer waren unglaubwürdig, diese ganzen Systeme waren unglaubwürdig. Es ging darum, echt zu sein, und das konnte man in der Clique sein. Zumindest in Sachsen waren die rechtsextremistischen Zusammenschlüsse feste Cliquen. Die Zeit der Heterogenität war vorbei. Das Switchen zwischen den Subkulturen war 1991, 1992 zumindest in den sächsischen Großstädten vorbei. Wenn jemand gesagt hat, er hat eine rechte Einstellung, dann war er meistens in einer Clique verankert, in einem festen Zusammenhang oder auch in einer Kameradschaft. In mehreren Stadtteilen in Dresden gab es bereits stabile Kameradschaften, die sich bewusst abgegrenzt haben. Das war ein Symbol für Glaubwürdigkeit, Echtheit. Hier gehöre ich dazu, hier sind wir ehrlich.

Annegret Zacharias: Das mit der Glaubwürdigkeit ging nicht nur nach hinten schief, sondern auch nach vorne. Mitte der 1990er Jahre war die sozioökonomische Lage so, dass die Jugendlichen nur wenig Zutrauen in die Gegenwart und in die Zukunft haben konnten. Viele haben sich dann doppelt als Verlierer gefühlt.

»Die Wende, die friedliche Revolution hat nicht dazu geführt, dass Siegertypen übrig geblieben sind.«

Ich habe als Frau die Wahrnehmung gehabt, dass das Gefühl, den Kürzeren gezogen zu haben, verloren zu haben, gerade bei männlichen Jugendlichen und bei Männern außerordentlich groß war. Die Wende, die friedliche Revolution hat nicht dazu geführt, dass Siegertypen übrig geblieben sind. Das halte ich für einen massiven Verstärker für diese jugendkulturellen, subkulturellen Gruppierungen. Ich habe noch nie erlebt, dass kollektiv so eine Verliererstimmung geherrscht hat.

War das AgAG denn ein Programm, in dem vor allem mit männlichen Jugendlichen gearbeitet wurde?

Annegret Zacharias: Ich habe dort mehr Männer, mehr Jungen als Mädchen gesehen.

Rainer Schwarz: Es waren deutlich mehr Männer. Die Mädchen kamen eigentlich erst nach 1995 in den rechten Szenen vor. Als ich dann angefangen habe, von 1995 bis 2000 im AgAG-Landesprogramm und kriminalpräventive Programme zu beraten, tauchten hin und wieder Mädchen auf. Da gab es auch die ersten Schlägertrupps mit Mädchen, die aus dem rechten Milieu kamen.

Es ist das gesamte System sozialer Kontrolle zusammengebrochen. Alle Autorität war plötzlich unglaubwürdig. Der ABV, also die Polizistin oder der Polizist vor Ort, war unglaubwürdig und ist trotzdem geblieben. In Mecklenburg-Vorpommern sind nach meiner Wahrnehmung vorerst wenige Personen in den Institutionen ausgetauscht worden. In den Jahren 1990 bis 1995 waren auch die Personen in Verantwortung, wie beispielsweise Lehrer selbst desorientiert und konnten überhaupt keine Orientierung mehr bieten. Sie konnten überhaupt nicht gehalten und



»Wenn die Jugendlichen das nicht alleine packen, haben sie halt Pech gehabt.«

logisch prägende Aufgaben. Und plötzlich mussten sie alles akzeptieren, weil die neue Zeit es eben mit sich brachte, dass man als Lehrerin und Lehrer angeblich keine Haltung mehr haben durfte. Das wurde erst einmal fünf Jahre intensiv praktiziert. Plötzlich gab es zu nichts eine Haltung. Schulklubs wurden geschlossen, ich habe sehr mit Schuldirektorinnen und -direktoren von Gymnasien darüber gestritten, wie Schulklubs aufrecht zu erhalten sind. Plötzlich war die Meinung da, das geht uns ja eigentlich nichts an. Wir als Lehrerinnen und Lehrer haben damit nichts mehr zu tun, und wenn die Jugendlichen das nicht alleine packen, haben sie halt Pech gehabt. Bis zum Tag der Wende sind die Schulklubs natürlich ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern organisiert worden. Die gesamte Nachmittagszeit ist darauf verwendet worden, Jugendarbeit zu machen. Und plötzlich war das alles weg.

Annegret Zacharias: Was um Himmels willen hat alle geritten, auf ihren Erziehungsauftrag zu verzichten? Dass im westdeutschen Bildungssystem der Bildungsauftrag im Vordergrund steht, ist klar. Aber es ist nirgendwo davon die Rede, dass eine Lehrerin oder ein Lehrer nicht auch die Verantwortung hat, sittliche Erziehung zu befördern. Das war wie abgeschnitten!

Rainer Schwarz: Das war wie abgeschnitten, gerade bei denen, die sich überhaupt nicht selbst mit der Wendeproblematik auseinandergesetzt hatten, sondern über die die Wende wie eine Welle herüber geschwappt war.

Welche Beobachtungen haben Sie hinsichtlich der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gemacht? Wer hat da überhaupt mit den Jugendlichen gearbeitet?

Johannes Brock: In Sachsen war das sehr unterschiedlich. Einige Projekte, die aus dem kirchlichen Hintergrund kamen, wiesen eine hohe Fachlichkeit auf. Sozialdiakonische Jugendarbeit bestand schon über Jahre, schon seit Anfang der 1980er Jahre als starkes Netzwerk. Da hat man in der Beratungssituation gemerkt, dass da eine hohe Fachlichkeit und vor allem eine andere Haltung da waren. Eine Haltung, auch mal in eine Konfrontation zu gehen. Das war schon ein deutlicher Unterschied. Dann gab es eine Gruppe, die waren meistens über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angestellt. Die waren aus damaliger Perspektive etwas älter, um die 40, und in der Mehrzahl Frauen.

Rainer Schwarz: Ich war 30, als ich ins Jugendamt kam, und 34, 35, als ich in die Beratung gegangen bin. Da kamen mir die anderen alt vor.

»Jetzt wird zugemacht! Ihr müsst jetzt hier den Raum verlassen!«

Johannes Brock: Die hatten meistens keine pädagogische Ausbildung, was man auch gemerkt hat. Sie haben ihre Schwerpunkte sehr stark auf die Einhaltung von Ordnung und Sicherheit gesetzt. Der Laden muss laufen!

Nein, jetzt ist Schließzeit! Jetzt wird zugemacht! Ihr müsst jetzt hier den Raum verlassen!

Dann gab es noch eine dritte, hochinteressante Gruppe: engagierte junge Leute mit anderen Abschlüssen, von der Kochausbildung bis hin zu Forstwirtschaft. Die hatten oft eine subkulturelle Bindung und sind mit einem unglaublichen Engagement an die Arbeit gegangen. Sie hatten eher den Drang zu helfen, sich für die Bewegung oder für die Jugendlichen aufzureiben und fast aufzuopfern. Jugendarbeit bedeutete dabei nicht den Aufbau von Jugendhilfe, sondern dass es den Jugendlichen oder ‚meinen‘ Jugendlichen besser geht.

Annegret Zacharias: Ich habe das ebenfalls als extrem heterogen erlebt. Mir waren auch Kirchenleute am liebsten. Erstens komme ich selbst daher und zweitens habe ich da das Momentum des Dastehens und Grenzziehens und trotzdem sich den Menschen zuwenden gesehen.



Ich habe auch ganz viele Lehrerinnen und Lehrer erlebt, die sich viel Mühe gegeben haben. Da habe ich das erste Mal gemerkt, dass das DDR-Schulsystem abgesehen – von dem politischen Debakel – im Hinblick auf das, wofür ein Lehrer oder eine Lehrerin verantwortlich sind und wofür die sich kümmern, nicht ohne war. Da hätten wir uns ein bisschen was abgucken können. Unglaublich ganzheitlich gedacht für die Jugendlichen, mit denen sie gearbeitet haben. Die waren immer auch in Leitungsfunktionen.

Dann waren da diese vielen Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger von der Köchin bis zum Forstmann. Und ganz viele Ingenieurinnen und Ingenieure, die aber alle ein Alkoholproblem hatten, das ist mir in Erinnerung geblieben. Die waren schon um die 50 und kamen über ABM-Maßnahmen. Es war deutlich zu merken, dass sie eine Art Erwachsenenbewusstsein hatten, sich

»Das waren Offizierinnen und Offiziere der Nationalen Volksarmee, die ... plötzlich als westdeutsch staatlich anerkannte Sozialarbeiter daherkamen.«

um die Jugendlichen zu kümmern und sich dem zu stellen, aber auch über ihre eigene Lebenssituation unglücklich waren.

Rainer Schwarz: Ich kann mich dem anschließen, dass diese subkulturellen und hochmotivierten Grüppchen für uns wichtig waren. Das waren

meistens junge Leute, die zu DDR-Zeiten aus irgendwelchen Gründen, weil sie irgendwas nicht so gemacht hatten, wie sie sollten, oder weil sie sich kritisch engagiert hatten, schon einmal staatlichen Widerstand erlebt und sich gegen diesen staatlichen Widerstand organisiert hatten. Die nutzten dann die Chance zu sagen: Wir müssen eine andere Auseinandersetzungskultur etablieren! Auf die haben wir sehr gebaut und versucht, sie sehr schnell zu qualifizieren.

Wer hat denn sonst Qualifikationen gehabt? Das waren die Jugenddiakone, die seit den 1980er Jahren zumindest bei der Evangelischen Kirche wie westliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und nach deren Curricula ausgebildet worden waren. Das waren die Einzigen, die wirklich eine Ausbildung hatten. Dann gab es ein paar Leute, die wie ich als Quereinsteigerinnen und -einsteiger ins AgAG kamen. Ich war auch Lehrer und habe dann Psychologie studiert. Davon gab es sehr wenige Leute; die haben sich meistens auf Beratungsstellen zurückgezogen. Und dann gab es eine Gruppe, die ich als eher verheerend für die Jugendarbeit empfunden habe. Das waren Offizierinnen und Offiziere der Nationalen Volksarmee, die als Erste und am schnellsten mit einem Abschluss als Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter qualifiziert wurden und plötzlich als westdeutsch staatlich anerkannte Sozialarbeiter daherkamen und in diese Felder drängten. Ich empfand das als ziemliche Katastrophe.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich irgendwo mal eine Lehrerin oder einen Lehrer in einem Projekt gehabt hätte. Die sind in Mecklenburg-Vorpommern alle auf ihren Stellen geblieben und haben weiter unterrichtet.

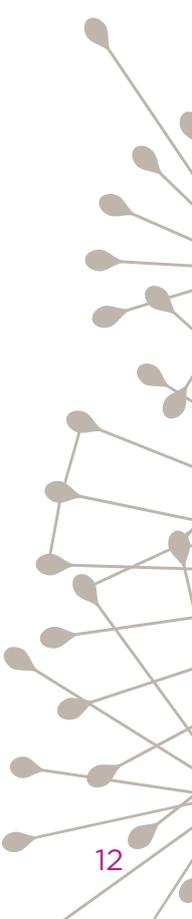
Annegret Zacharias: Nein? Bei uns sind viele Lehrerinnen und Lehrer rausgeschmissen worden. Aber an die Offizierinnen und Offiziere erinnere ich mich auch.

Rainer Schwarz: Ansonsten gab es viele, die handfeste Berufe wie Kranfahrer gelernt hatten. Sie sind oft über ein ehrenamtliches Engagement gekommen und haben Interesse an der Arbeit gefunden. Wir haben innerhalb der beratenden Tätigkeit daher erst einmal intensive Fortbildungen angeboten. Wir hatten monatlich diese zweitägigen Plenumsveranstaltungen, bei denen es in einem Teil auch immer um Projektentwicklung ging. Aber es gab immer mindestens einen Tag, der thematisch orientiert war.

Als ich beim Jugendamt angefangen habe, habe ich aus dem AgAG-Programm erst einmal einen 14-Tage-Kurs für Jugendsozial-/Straßensozialarbeit mit Menschen in einer ABM-Maßnahme

»Die ABM-Leute sind danach sofort auf die Jugendlichen losgelassen worden.«

des Jugendamtes organisiert. Wir haben die zehn ABM-Leute in zwei Busse gesetzt und sind nach Schweden an irgendeinen stillen See gefahren. Dort gab es in einer Patenstadt ein Jugendhaus, das im Herbst leer





stand. Mit zwei Lübecker Fortbildnerinnen haben wir sozialarbeiterische Grundschnitte gelehrt. Die ABM-Leute sind danach sofort auf die Jugendlichen losgelassen worden.

Johannes Brock: Das ist mir im Nachhinein erst klar geworden, dass dieses Aktionsprogramm eigentlich ein intensives Qualifizierungsprogramm für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit war. Das war mir im Prozess noch gar nicht so klar. Es gab auf vielen verschiedenen Ebenen schnelle Ausbildungen, aber auch viel Learning by doing. Viele Themen in der Beratung waren häufig eigentlich Themen von methodischer Weiterbildung, aber auch von Menschenbild und von sozialpädagogischen Haltungen.

Rainer Schwarz: Auch Nähe und Distanz war immer ein großes Thema in den Fortbildungen. Später hat das isp dann den ersten berufsbegleitenden Studiengang für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter entwickelt. Der erste Lehrgang war fast ausschließlich von AgAG-Leuten besetzt. Ein Modellstudiengang, in dem man auch ohne Abitur oder ähnliche formale Voraussetzungen eine vollwertige Sozialarbeit-Ausbildung abschließen konnte.

Annegret Zacharias: In Sachsen-Anhalt war das in Merseburg, die haben auch eine berufsbegleitende Ausbildung gemacht. Es musste ja was passieren. Bei manchen ging nichts mehr; um die Offizierinnen und Offiziere beispielsweise habe ich mich dann auch nicht mehr gekümmert. Aber bei den jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon.

Wie sehen Sie die Rolle des IFFJ bei der Qualifizierung der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter?

Rainer Schwarz: Das IFFJ hat regelmäßig Kurse in einer Fortbildungsstätte am Bogensee für die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter angeboten.

Annegret Zacharias: In Blossin waren die. Am Bogensee waren wir, da war doch dieses Riesentreffen. In Blossin hatte das IFFJ die Bildungsstätte.

Rainer Schwarz: Ja, richtig. Diese Angebote in Blossin waren bei den Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern als Möglichkeit, sich zu qualifizieren, hoch angesehen. Wir als Beraterinnen und Berater sind da in der Regel nicht hingefahren.

»Ich habe das so wahrgenommen, dass das immer mit sehr viel sozialkulturellem Leben gefüllt war.«

Annegret Zacharias: Ich habe das so wahrgenommen, dass das immer mit sehr viel sozialkulturellem Leben gefüllt war.

Rainer Schwarz: Krafeld war dort auch ein wichtiges Thema. Ich kann

den Wert dieser Fortbildungen selbst nicht beurteilen. Ich weiß, dass sie beliebt waren, dass die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter gerne dorthin gefahren sind. Das ist hin und wieder mal abgefragt worden und es gab immer sehr hohe Wertschätzung gegenüber den Kursangeboten.

Johannes Brock: In meiner Erinnerung bezog sich die Wertschätzung auch auf den Erfahrungsaustausch, darauf, dass verschiedene Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter dort zusammenkamen.

Das Bundesprogramm sah sich einer massiven öffentlichen Kritik ausgesetzt. Der Vorwurf der »Glatzenpflege auf Staatskosten« hat sich in das kollektive Gedächtnis eingepreßt. Welche Auswirkungen hatte diese Kritik damals auf Ihre konkrete Arbeit? Was hat diese massive Kritik mit den Beteiligten im AgAG gemacht?

Annegret Zacharias: Ich kann ganz schlicht, naiv und einfach sagen, die Akteurinnen und Akteure, mit denen ich zu tun hatte, an denen konnte das zu Recht abperlen. Und ist auch abgeperlt.

Rainer Schwarz: Das AgAG war das bestausgestattete Modellprogramm, das es gab. Das muss man auch einmal sagen. Der Begleitungsaufwand war enorm und in der Größenordnung auch

richtig. Man muss sich die Rahmenbedingungen anschauen: keine Struktur, keine qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb war dieser Aufwand für die fachliche Beratung und Begleitung in der Größenordnung völlig gerechtfertigt. Das ist auch von den Projekten nie in Frage gestellt worden, sondern tatsächlich als Unterstützung erlebt worden. Und da ist die Kritik von den Projekten tatsächlich abgeprallt.

Ich habe in der Zeit, wenn es kritisch wurde, durchaus auch Angela Merkel als Jugendministerin mal direkt am Telefon gehabt. Da wurde schon mal morgens um sieben angerufen und man hat dann am Telefon lautstark auseinandergesetzt. Ich arbeitete ja damals in ihrem Wahlkreis. Es war daher immer besonders brisant für sie, wenn da irgendwas passierte, was mit Rechtsradikalität zu tun hatte. Aber das war es dann auch. Da hat man kurz gefightet und dann war es auch wieder gut. Das gilt vor allem für die Zeit beim Jugendamt, als Berater habe ich es gar nicht mehr so sehr strittig wahrgenommen. Das kann aber auch am Auslaufen des Bundes-AgAG gelegen haben. Im Jugendamt sind wir selbstbewusst als kommunale Jugendbehörde aufgetreten. Es war klar, da bestimmen wir, was passiert und wie das organisiert wird.

Johannes Brock: Für Sachsen kann ich nicht sagen, dass die Kritik an uns abgeperlt ist. So selbstbewusst konnten wir damit nicht umgehen. Das hat uns als Beraterinnen und Beratern, aber auch den Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern ganz schön zu schaffen gemacht.

»Diese geniale Formel ›Glatzenpflege auf Staatskosten‹ hat sich bis heute gehalten.«

Diese eigentlich geniale Formel der »Glatzenpflege auf Staatskosten« hat sich in der Argumentation gegen Akzeptierende Jugendarbeit bis heute gehalten.

Während der Zeit von 1992 bis 1994 hat die Kritik nicht so diese zerstö-

rische Wirkung entfaltet, aber danach, als die Unterstützung von politischen Kräften für dieses Programm weggefallen ist. Als es darum ging, das Programm zu verlängern oder in eine Regelfinanzierung zu überführen, hat die Mehrheit der politischen Kräfte mit dieser Formel gegen eine Fortführung der Arbeit mit rechten Gruppierungen argumentiert. In meiner Erinnerung waren das linke Strömungen bis hin zu den Grünen, die sich mit dieser Begründung gegen die Akzeptierende Jugendarbeit positioniert haben. Das war ein unglaublicher Gegenwind.

Wir haben damals eine Pressefahrt organisiert. Wir haben Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Medien eingeladen und sind mit denen herumgefahren und haben mehrere Projekte besucht. Das war schwierig, weil die Projekte sich nicht geöffnet haben. Die hatten kein Interesse mehr an Öffentlichkeitsarbeit und wollten ihre Arbeit nicht mehr präsentieren. Die waren richtig verunsichert und haben gesagt: Nein, lasst uns in Ruhe mit der Presse. Wir müssen dieses kleine Pflänzchen unserer Arbeit, die wir gerade angefangen haben, vor den aggressiven Medien schützen. Diese massive Kritik war schon ein heftiger Einschnitt für die Arbeit.

Rainer Schwarz: Wir hatten in Mecklenburg-Vorpommern einen gewissen Schutzraum. Es gab eine hohe Akzeptanz im Land für diese Arbeit. Wir haben alle Projekte halb kommunal, halb landesgefördert noch zwei Jahre länger als das Bundes-AgAG fortgeführt. Die Förderung war zwar nicht mehr so umfänglich wie die des Bundesprogramms, aber die Begleitung ist im gleichen Umfang fortgeführt worden. Auf der Fachebene zumindest hat das niemand in Frage gestellt. Das kann aber auch damit zusammenhängen, dass der zuständige Referent im Jugendministerium mein ehemaliger Jugendamtsleiter gewesen ist. Der kannte das Projektgeschehen auch aus der praktischen Ebene. Wir haben in dieser Zeit alle Projekte weitergeführt, auch solche, die sich explizit mit Rechtsextremen oder rechtsorientierten, gewaltbereiten Gruppen beschäftigt haben.

Johannes Brock: Es gibt aber auch eine positive Seite dieser Medienkampagne. In den Projekten wurde selbstkritisch die Frage überprüft, ob sie wirklich »Glatzenpflege auf Staatskosten«

»Es gibt aber auch eine positive Seite dieser Medienkampagne.«

machen. Das hat dazu geführt, dass ein differenzierter Blick in der Arbeit mit rechtsextremistischen Jugendlichen entstanden ist. Es wurden auf einmal diese Abstufungen und

Ausdifferenzierungen gesehen. Zwischen rechtsextremen Organisationen – in Dresden gab es in der Zeit verschiedene Gründungen von rechtsextremistischen Organisationen. Zwischen den Kameradschaften. Zwischen den Spaß- oder Funszenen, die sich mit rechten subkulturellen Attitüden geschmückt haben. Der Blick auf diese Differenzierung ist geschärft worden. Das ist ein positiver Aspekt der Kritik, auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. In die Zeit gehört auch die Diskussion, Rechtsextremismus nicht als Jugendthema oder Jugendproblem zu sehen, sondern ihn auch in der Mitte der Gesellschaft zu verorten. Ich glaube, das ist auch ein Ergebnis dieser Reflexion.

Rainer Schwarz: Das kann ich bestätigen, das war bei uns genauso. Es gab zu der Zeit als diese ganze Medienkampagne aufkam, eine klare Auseinandersetzung mit der Frage, wie gehen wir mit rechtsextrem organisierten Leuten in unseren Reihen um. Ich kann mich gut an die Sharks in Neubrandenburg erinnern, die in diesem Zusammenhang einen Ausschluss ihres stellvertretenden Vereinsvorsitzenden durchgefochten haben. Es stand zur Debatte, dass sie entweder keine Förderung mehr kriegen, damit wäre das Projekt am Ende gewesen. Oder sie mussten sich von ihm trennen. Es gab ganz klare Maßstäbe zum Beispiel bezüglich individueller Gewalttaten mit einer rechtsextremistischen Motivation. Diese durften von Projektteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht verübt werden. Auch durften eben keine organisierten Leute aus rechtsextremen Parteien in unseren Projekten geben. Allen war klar, wir sind eine Jugendgruppe, wir sind Jugendszene. Diese Selbstdefinition war den Projekten dann auch selbst wichtig.

Gab es jenseits des Schlagwortes der »Glatzenpflege auf Staatskosten« auch eine differenziertere Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit und in der Fachöffentlichkeit?

»Damals ist das wirklich noch als Jugendphänomen deklariert worden.«

es erst seit fünf, sechs Jahren so richtig bewusst, dass man bestimmte Sachen auch in der Kneipe oder an der Haltestelle sagen kann. Damals ist das wirklich noch als Jugendphänomen deklariert worden, obwohl jeder von uns wusste, dass das nicht der Fall ist.

Rainer Schwarz: Dass es jeder wusste, denke ich, ist nicht der Fall. Es war mir damals nicht so klar, dass es so viel Alltagsextremismus gibt.

Annegret Zacharias: Ich finde, dass die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter das Problem auch arg auf Jugend fokussiert haben. In ihrer eigenen Rolle als Erwachsene waren die ein bisschen zu sehr auf »Bemuttern« oder »Nachbeeltern« fokussiert. Sie haben eher versucht, das in einem systemischen Familienkontext aufzuarbeiten, und weniger als politische Bildung oder Erziehung, und zu vermitteln, welche Spielregeln in unserer Gesellschaft gelten.

Rainer Schwarz: Zumindest die Herstellung von Chancengleichheit auch für diese Jugendlichen war ein großes Thema. Auch sie sollten eine Zukunft haben, sollten die Möglichkeit bekommen, einen Beruf zu lernen und einen normalen Lebensweg zu gehen. Es ging um Normalisierung

»Es ging um Normalisierung der Lebensverhältnisse unter Bedingungen, die nicht normal waren.«

der Lebensverhältnisse unter Bedingungen, die nicht normal waren. Das war ein großes Thema zu dem Zeitpunkt. Ich bin dann von 1998 bis 2006 in verschiedenen Projekten, unter anderem im Programm »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« (E&C) als Berater tätig gewesen. Und immer, wenn ich mit meinen Erfahrungen aus dem AgAG kam, habe ich im Prinzip nur hochgezogene Augenbrauen geerntet. Das hat mich immer irritiert. Es gibt aus dieser Zeit einen Wahnsinns-Erfahrungsschatz, so viel Energie und Fachkompetenz, die in diese Projekte geflossen ist. Bei mir hat es eher Verwunderung ausgelöst, aber es gab in der Fachöffentlichkeit eine einhellige Meinung: Distanzierung von diesem Programm.

Annegret Zacharias: Nach meiner Wahrnehmung hat die Einsicht, dass Rechtsorientierung ein Problem der gesamten Gesellschaft und kein Jugendphänomen ist, noch lange gedauert. Meinem Erachten nach ist

der Lebensverhältnisse unter Bedingungen, die nicht normal waren. Das war ein großes Thema zu dem Zeitpunkt.

Ich bin dann von 1998 bis 2006 in verschiedenen Projekten, unter anderem im Programm »Entwicklung und



Annegret Zacharias: Es gab eine systematische Nicht-Wahrnehmung.

Rainer Schwarz: Die Erfahrungen aus dem AgAG sind nicht mehr rezipiert worden. Sie sind nicht mehr zusammengetragen worden, sind nicht gesammelt worden. Das Programm war zu Ende und dann war es auch zu Ende!

Annegret Zacharias: Ich habe im Programm »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« (E&C) die Qualifizierungsbüros des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahrs (FSTJ) von Flensburg bis zum Bodensee, von Weißwasser bis Pirmasens beraten. Die hatten natürlich auch in ihrer Klientel eine Menge rechtsorientierter Jugendlicher, allerdings in Ost und West. Und da haben wir wieder von vorne angefangen.

Was sind denn die Erfahrungen aus AgAG, die weiter rezipiert und heute bekannt sein sollten?

Annegret Zacharias: Was damals nicht deutlich genug war, ist, dass undemokratische Einstellungen und Rassismus ein Problem quer durch die Gesellschaft sind, unabhängig von Alter, Milieus, Bildung. Das war nicht genug im Blick und wir wussten es auch noch nicht ausreichend. Das ist das eine. Das andere ist: Finger weg von manifesten, organisierten Rechtsextremen. Ich glaube, das frühzeitig gemacht zu haben. Nur die Besten aller Besten können mit denen überhaupt was machen. Die meisten müssen davon die Finger lassen, weil sie dem nicht gewachsen sind. Und das Dritte ist, dass es im Grunde genommen um Haltungen geht. Es geht hier viel weniger um Soziale Arbeit, sondern wir wollen doch Haltungen in der Gesellschaft ändern. Und das können wir nicht mehr nur zielgruppenorientiert machen. Da müssen wir eine Strategie haben, die parallel in viele Richtungen läuft.

Rainer Schwarz: Ich tue mich schwer mit einem abschließenden Fazit. Dazu müsste es die Reflektionsphase gegeben haben. Ob das jetzt noch Sinn macht, weiß ich gar nicht. Was für mich aber exemplarisch im Sinne guter Praxis ist, war der Aufbau dieses Programms. Herr Waigel hatte damals Geld übrig und Frau Merkel hatte als Jugendministerin gerade im Os-

»Herr Waigel hatte Geld übrig und Frau Merkel im Osten ein Riesenproblem.«

ten ein Riesenproblem. Dann stand dieses Programm, mit dem 20 Millionen DM im Jahr in die neuen Bundesländer gespült wurden. Das war der Rahmen, in dem das entstanden ist. Weil keiner genau wusste, was fachlich zu tun ist, ist ein relativ großer Apparat organisiert worden. So einen

Apparat hat es hinterher zu keinem Programm mehr gegeben. Es hat nie wieder solch eine intensiv organisierte und fachliche Reflektion von praktischer Arbeit in einem so komplizierten Arbeitsfeld gegeben. Das ist für mich das wichtigste Fazit.

Solche Programme gelingen nur, wenn man sie auch wirklich so hervorragend organisiert. Es kann sich durchaus lohnen, fast 30 Prozent der Mittel in eine Overhead-Organisation zu stecken, wenn man sich neue Themen erschließen und völlig neue Problemfelder angehen will.

Keiner hatte Lösungen parat. Wir haben »Päpste« gehabt, die uns erklärt haben, dass die Gewalt der Jugendlichen vom frühen Topfen im Kindergarten kommt und all solche absurden Geschichten. Erklärungsmodelle gab es zuhauf, aber niemand konnte wirklich mit dem Problem umgehen. Sich solchen Problemen zu nähern, damit einen Umgang zu finden, in die Menschen zu investieren, die sich einfach aus einer sehr persönlichen Motivation heraus engagiert haben, das hat sich gelohnt. Das ist hinterher nicht genügend gewürdigt worden.

Was ich in der Auswertung des Programms gut fand, war, dass man hinterher auch die Größe hatte zu sagen: Natürlich war das ein Strukturentwicklungsprogramm und ein Strukturerhaltungsprogramm. Ohne dieses Strukturerhaltungsprogramm hätten nicht so viele Jugendtanzgaststätten oder Jugendklubs oder andere Angebote überlebt. Das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen. Dass daraus soviel mehr geworden ist, hat auch etwas mit der Begleitung zu tun gehabt. Sonst wäre es einfach nur ein Erhaltungsprogramm gewesen.

Annegret Zacharias: Es ist auch augenscheinlich, wie geschickt und konzeptionell richtig sich die Projekte später an andere Programme angegliedert haben. Die Träger tauchen immer noch

und immer wieder auf, wenn es darum geht, neue Felder zu erschließen oder alte Problemlagen mit neuen Konzepten zu bearbeiten. Das heißt, dass sie wirklich etwas gelernt haben.

Rainer Schwarz: Die Projekte waren ihrer Zeit voraus. Die haben Sozialräumlichkeit pur gemacht. Die waren für eine bestimmte Stadt zuständig und haben eigentlich die Jugendarbeit in dieser Stadt gemacht. Die haben permanent zusammengesessen oder besprochen, wie

»Damit waren wir der Idee von partizipativer, sozialräumlicher Steuerung durchaus ein Stück voraus.«

kriegen wir das gemeinsam hin und wie verteilen wir die Ressourcen. Wie bringen wir unter doch sehr engen Ressourcen – das ist ja heutzutage nicht anders – alle zusammen. Es ist immer eher ein Diskussionsprozess unter denjenigen gewesen, die es gemacht haben, und weniger

ein Diskussionsprozess in der Auseinandersetzung zwischen Jugendamt und Jugendinitiative gewesen. Damit waren wir der Idee von partizipativer, sozialräumlicher Steuerung mit diesem Programm durchaus ein Stück voraus.

Johannes Brock: Wir haben in Sachsen in jeder Brennpunktregion im AgAG Sozialraumstudien gemacht. Die hießen damals Feldstudien. Hoyerswerda war die erste. Die wurden dann an allen Standorten, wo dann Projekte entwickelt wurden, gemacht. Das ist auch eine Lehre aus AgAG, die man weiter verfolgen sollte. Die regionalen Unterschiede sind ja noch größer geworden. Man muss regional und lokal bezogene Programme auflegen, und da ist es nötig, am Anfang mit Sozialraumanalysen zu beginnen. Das empfand ich als einen guten Weg.

Annegret Zacharias: Ich finde, dass die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne (LAP) da fast nahtlos anschließt. Die Thüringer LAP müssen zu Anfang alle eine Sozialraumrecherche machen. Wir haben jetzt das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus an der Friedrich-Schiller-Universität damit beauftragt, im Hinblick auf die Sozialraumrecherchen Raster und Methodiken zu definieren. So wollen wir ermöglichen, dass alle Regionen ein einheitliches Vorgehen haben, um ihre Unterschiede zu beschreiben.

Kurz und knapp, gibt es für Sie persönlich aus Ihrer Perspektive auf das AgAG ein Fazit oder ein Schlusswort zum Programm?

Johannes Brock: Für mich fällt das Fazit zum AgAG eher positiv aus. Es ist viel erreicht worden, gerade hinsichtlich der großen Investition in die Programmbegleitung. Diese Absicherung hat nicht zu einem hohen Grad von Bürokratisierung geführt. Im Gegenteil, die hat tatsächlich dazu geführt, dass bestimmte Schwerpunkte auch gesetzt werden konnten, die dann auch mit Kraft gepusht werden konnten.

Was an Positivem bleibt, ist für mich auch dieser Charakter des Modellprogramms. Das heißt, man konnte auch mal quer zum Regelfinanzierungsdenken und zu der Versäulung beispielsweise in der Jugendhilfe arbeiten.

»Viele Projekte, die ich beraten habe, haben später überhaupt nicht mehr in die Strukturen gepasst.«

Viele Projekte, die ich beraten habe, haben später überhaupt nicht mehr in die Strukturen gepasst. Ich denke da zum Beispiel an Wohnprojekte. Da haben Leute gewohnt, die hatten teilweise eine Tischlerwerkstatt drin und haben dort gelebt. Es waren ganz häufig Projekte, die man dann nicht mehr fördern konnte. Auf einmal durften die im betreuten Wohnen nicht mehr kiffen oder nicht mehr das machen und nicht mehr jenes. Ich finde, das waren Chancen zum Ausprobieren. Es hätte sich wirklich gelohnt, das zu evaluieren und weitergehen zu lassen. Das ist leider nicht passiert.

Annegret Zacharias: Für mich ist das AgAG ein Beispiel dafür, wie aus einer unsäglichen Geschichte wie Rostock-Lichtenhagen und aus Ohnmacht etwas erwachsen kann, wenn man die Leute nur lässt. Wir hatten alle miteinander einen unglaublichen Freiraum, Dinge auszuprobieren

»Für mich ist das AgAG ein Beispiel dafür, wie aus einer unsäglichen Geschichte wie Rostock-Lichtenhagen und aus Ohnmacht etwas erwachsen kann, wenn man die Leute nur lässt.«

Jahren noch erhalten geblieben, obwohl die zum Teil so alternativ und fantasievoll aufgestellt waren. Die werden sich heute ein bisschen angeglichen haben. Die müssen ja irgendwie mit ihren Jugendämtern zurechtkommen. Aber auf alle Fälle glaube ich, dass eine Menge geblieben ist.

Rainer Schwarz: Dem würde ich mich anschließen. Was geblieben ist, sind sehr selbstbewusste, kleine und auf die jeweiligen Städte oder auf die jeweiligen Themen bezogene Jugendinitiativen, die kommunalpolitisch zunehmend Einfluss haben. Das sind Leute, die mittlerweile in den Jugendhilfeausschüssen sitzen und versuchen, auch hier Position zu beziehen. Die vertreten dort nicht nur Trägerinteressen, sondern auch klar inhaltliche Interessen.

Mich selbst hat dieses ganze Vorgehen im Plenum sehr bestärkt. Was Timm Kunstreich gemacht hat, war für uns immer auch Muster und Vorbild. Es war klar, es gibt diesen Batzen Geld für diese Stadt und wir müssen die Verwendung unter fachlichen Gesichtspunkten miteinander ausfechten. Wir haben viel Kraft und Zeit drauf verwendet, Jahr für Jahr gemeinsam zu entscheiden, wofür dieses Geld dann verwendet wird. Und ausnahmslos sind immer alle ungeheuer am Thema und sehr kritisch gewesen.

»Das AgAG war ein Geldsegen, der ... bei denen ankam, die den Mut hatten die Probleme anzupacken.«

Als wir später die Idee der Stadtteilfonds entwickelt haben, war ich einer von denen, die sofort gesagt haben, das funktioniert. Viele andere waren überrascht davon, wie gut das funktioniert, wie kritisch kleine Initiativen mit wenig Geld umgehen und wie hoch die Hürden untereinander gelegt werden, wenn es um Ansprüche geht, wer kriegt was. Was muss passieren? Welche Effekte muss etwas haben? Da stecken ganz viele Ansätze drin, wie wir eine Entbürokratisierung bei besseren Effekten und guter demokratischer Kontrolle in diesem Bereich durchaus umsetzen konnten. Das AgAG war ein Geldsegen, der außerhalb der Strukturen funktioniert hat und genau bei denen ankam, die den Mut hatten die Probleme anzupacken. Das war für mich beispielgebend. Da, wo es irgendwie gelingt, so etwas zu ermöglichen, da sollte man das tun.

Vielen Dank für das Interview.



BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus ist eine bundesweite Kontaktstelle zur Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Das Angebot richtet sich vorwiegend an pädagogische Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie an Politik und (Fach-)Öffentlichkeit. Ein zentrales Angebot von BIKnetz ist die webbasierte Wissensdatenbank, in der erfolgreich durchgeführte Projekte sowie erprobte Konzepte, Ansätze, Methoden und Materialien zum Thema präventiv-pädagogische Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen recherchiert werden können. Konkrete Arbeitshilfen für den Umgang mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen finden sich in der Toolbox von BIKnetz. Die Kommunikationsplattform lädt zum bundesweiten Fach- und Erfahrungsaustausch ein.

BIKnetz entwickelt ein Rahmencurriculum für Pädagoginnen und Pädagogen, um sie in bundesweiten Fort- bzw. Weiterbildungen im Umgang mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen zu qualifizieren. Dieses Curriculum wird seit Oktober 2013 von erfahrenen und regional verankerten Bildungsträgern erprobt und weiterentwickelt.

Für eine persönliche Beratung steht das bundesweite Servicetelefon für Erstinformationen rund um das Thema Rechtsextremismusprävention unter der Nummer +49 (0)180 24 56 389* zur Verfügung.

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent pro Minute aus dem deutschen Mobilfunknetz



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN



gsub-Projektgesellschaft mbH

